Rüsselsheimer Echo 2.9.2014

Oft nur der kleinste gemeinsame Nenner“

Bilanz – Die Freien Wähler in Ginsheim-Gustavsburg fordern das Ende der Denkverbote beim Thema Haushalt

Die Freien Wähler fordern eine wirksamere Haushaltskonsolidierung ohne Denkverbote. Der stellvertretende Vorsitzende Sigi Nachtmann, Fraktionsvorsitzender Albrecht Marufke, Stadtverordneter Rolf Leinz und Vorsitzender Udo Kraft (von links) wollen jedoch nicht als „Fundamental-Opposition“ wahrgenommen werden. Foto: Ralph Keim

Die Sommerwochen sind eine gute Gelegenheit für ein politisches Halbjahresfazit. Das ECHO hat bei den Fraktionsspitzen der Stadtverordnetenversammlung nachgefragt, wie sie das Jahr 2014 bislang bewerten. In dieser Folge kommen die Freien Wähler zu Wort.

GINSHEIM-GUSTAVSBURG.

Den Haushalt hat die Mehrheit aus SPD und CDU auch 2014 weitgehend problemlos durchgebracht. Doch die Freien Wähler beanspruchen ebenfalls ihren Anteil daran. „Wir haben uns aktiv an den Sitzungen der AG Haushaltskonsolidierung beteiligt und eingebracht“, sagt Fraktionsvorsitzender Albrecht Marufke. „Inhaltlich wichen unsere Vorstellungen und Vorschläge nur unwesentlich von denen von CDU und SPD ab.“

„Wir wollen keinen Kahlschnitt“

Die Sparbemühungen von SPD und CDU seien jedoch eher dürftig. Nach Auffassung der Freien Wähler müsse sich eine Stadt angesichts eines Fünf-Millionen-Euro-Defizits fragen, ob sie sich beispielsweise jährlich rund 70 000 Euro Zuschuss für ein Kommunales Kino und etwa 130 000 Euro für eine Musikschule leisten kann. „Wir

wollen keinen Kahlschnitt, die musikalische Früherziehung soll nicht angetastet werden", bekräftigt Marufke. „Aber es gibt Angebote bei der Musikschule, die eine Stadt nicht fördern muss." Das gelte auch für das Kommunale Kino. „Allein diese beiden Posten verursachen innerhalb von zehn Jahren zwei Millionen Euro an Defizit." Der Leitsatz der AG Haushaltskonsolidierung, dass es keine Denkverbote geben dürfe, sei nie umgesetzt worden.

Positive Ansätze seien die Erhöhung von Gewerbesteuer und Grundsteuer gewesen, was die Freien Wähler mitgetragen haben. Doch diese Erhöhungen, insbesondere bei der Grundsteuer B, sind dauerhaft nicht ausreichend, befürchtet Marufke. „Es sind weitere, aber sozialverträgliche Erhöhungen erforderlich, um eine Entwicklung wie bei der Grundsteuer in Rüsselsheim und Nauheim zu verhindern."

Ein wichtiger Punkt werde in diesem Zusammenhang die Erhebung von Straßenbeiträgen sein. Beim entsprechenden Entscheidungsprozess wollen die Freien Wähler darauf achten, dass diese Beiträge in einer moderaten Höhe erhoben werden, um einerseits den Forderungen der kommunalen Finanzaufsicht gerecht zu werden und andererseits die Interessen der Anlieger und Eigentümer zu wahren. „Die Freien Wähler haben ihre Aufgabe als Oppositionspartei angenommen. Wir definieren uns als Kontrollorgan der Gestaltungsmehrheit aus CDU und SPD", unterstreicht Marufke. Die Freien Wähler seien jedoch keine „Fundamental-Opposition". Was Marufke vor allem kritisiert: „Die gemeinsamen Entscheidungen von CDU und SPD orientieren sich häufig am kleinsten gemeinsamen politischen Nenner. Von Visionen ist diese Kooperation trotz ihrer erdrückenden Mehrheit oft weit entfernt." Auch moniert der Fraktionsvorsitzende den „oftmals rüden Tonfall" in der Stadtverordnetenversammlung. „Auch ellenlange Monologe und epische Ausflüge in die Bundespolitik tragen nicht zur Motivation bei."

Gustavsburgs Ortsmitte als gelungenes Projekt

Rückblickend sieht Marufke die Aufstellung des Bebauungsplans „Stadtkern Gustavsburg" als richtungsweisend. Damit seien die Weichen für die neue „Ortsmitte" gestellt. „Wie und in welchem Umfang der Lebensmittelmarkt, das neue Bürgerzentrum und die Neugestaltung des Rudolf-Diesel-Platzes umgesetzt werden können, steht selbstverständlich immer unter dem Finanzierungsvorbehalt." Die Möglichkeiten einer lebendigen und offenen Stadtmitte seien jedoch vorhanden. Mittlerweile bekennen sich die Freien Wähler auch zur Notwendigkeit eines Bürgerhausneubaus.

Mit Verwunderung haben die Freien Wähler die Verzögerungen bei der Gustavsburger Bahnunterführung zur Kenntnis genommen. Nach einem Planungsprozess von über 14 Jahren bedeute ein neuerliches Planfeststellungsverfahren eine Verzögerung von zwei bis drei weiteren Jahren – das sei nicht akzeptabel. Noch Zeit habe dagegen die Entscheidung der Freien Wähler, ob sie bei der 2016 anstehenden Bürgermeisterwahl einen eigenen Kandidaten ins Rennen schicken.